



80 JAHRE NACH AUSBRUCH DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Wie kommt Polen auf 800 Milliarden Euro Reparationszahlungen?

Von DR. VIKTOR HEESE | [Die derzeitige Reparationsdebatte](#) bestimmt das schlechte Klima zwischen Polen und Deutschland. Deutsche „Regierungsexperten“ verweisen auf den 1953er Reparationsverzicht Polens. Die Polen erwarten einen Friedensvertrag mit Deutschland, der die Reparationsfragen klärt. Bisherige Abkommen, wie der „2+4-Vertrag“ von 1992 und vorherige Einigungen, erfüllt dieses Kriterium nicht. So wurde bei den „freiwilligen Wiedergutmachungen“ das arme kommunistische Land einst mit Almosen abgespeist, meint Warschau. Anders als Frankreich oder Israel. Der „eingefrorene Konflikt Reparationen“ ist noch lange nicht vom Tisch. PiS-Chef Jarosław Kaczyński hat es soeben wieder zur Sprache gebracht.

Deutschland darf die Frage nicht ignorieren: Polen will vor US-Gerichten klagen und andere Länder (Italien, Griechenland, Osteuropa) wollen sich anschließen. Einen Domino-Effekt kann Berlin nicht brauchen.

Wie kommt Polen auf die 800 Milliarden Euro?

Die Experten der kommunistischen Regierung Polens schätzten 1946 die [materiellen Kriegsschäden Polens auf 50 Milliarden US-Dollar](#), in denen bereits der Vermögenszuwachs durch deutsche Ostgebiete berücksichtigt sein sollte (?). Zudem umfasste die damalige Bestandsrechnung nur materielle Schäden, die im Unterschied zu den schwer ermittelbaren personellen (Menschenleben) und immateriellen Schäden (entgangenes BIP, zerstörte Kunstdenkmäler) einer Schätzung zugänglich sind. Verzinst man den Ausgangswert in einer Zinseszinsrechnung mit etwa vier Prozent jährlich, kommt man auf den Betrag von mindestens 880 Milliarden US-Dollar oder gut 800 Milliarden Euro.

Die Rechnung ist andererseits sehr zinsempfindlich; beim Zinssatz von zwei Prozent (heute auch bei Staatsanleihen schwer erzielbar) reduziert sich die Forderung auf 200 Milliarden US-Dollar. Mehr zu den Berechnungen und zum wechselnden Forderungsbetrag [hier](#).

Die Deutschen wollen sich auf die Diskussion, ob die Zahl angemessen ist, einlassen (siehe oben). Dabei hätten sie gute moralische Gründe, mit einigen Fakten dagegenzuhalten. Es gibt eine Voraussetzung: sie müssen die schmerzliche Erkenntnis akzeptieren, dass die verlorenen deutschen Ostgebiete den vorliegenden Zahlen zufolge weniger wert waren als die polnischen Kriegsschäden. Das wird vielen schwer fallen.

Verlorene Ostgebiete (103.000 Km²) schätzungsweise nur sechs Milliarden US-Dollar wert

[Die ZEIT vom 10.4.1947](#) bezifferte auf der Basis offizieller Reichsamt-Zahlen das materielle Vermögen der deutschen Ostgebiete in 1939 mit 37 Milliarden Reichsmark (elf Milliarden US-Dollar). Ohne den sowjetischen Teil Königsbergs und die Kriegsschäden stünden also ab 1946 zur „Verrechnung“ mit Polen etwa sechs Milliarden US-Dollar.

Verzinst würde der heutige „Marktwert“ der verlorenen

Ostgebiete in etwa dem Börsenwert von BMW entsprechen. Dieses enttäuschende Ergebnis mag Millionen Heimatvertriebene empören. So ist es jedoch generell im Wirtschaftsleben. Auch das 1867 für 7,2 Millionen US-Dollar an die USA von Russland abgetretene Alaska würde bei drei prozentiger Verzinsung heute nicht einmal eine Milliarde US-Dollar erbringen. Überlange Zeiten der Großinflationen sind für solche krasse Unterbewertungen verantwortlich. Anders als bei den Versicherungen finden Wiederbeschaffungswerte in der Volksvermögensrechnung keine Anwendung.

Deutsche Gegenrechnung (1): Leistungen an geduldete polnische Staatsbürger 1980 – 1991?

Nachfolgender Einwand wird umgekehrt den Polen nicht gefallen. Sie werden behaupten, humanitäre Hilfe sei etwa anderes als Reparationen. Das mag formal-moralisch stimmen, gehört jedoch zur „ökonomischen Grundaussprache“. Deutschland hatte nach Ausrufung des Kriegsrechts in Polen (1981) für die Unterhaltung geflüchteten Polen jährlich mehrere Milliarden DM aufbringen müssen. Bei einer groben Rechnung (Annahmen: monatliche Ausgaben 1.000 DM für 12 Jahre und 800.000 Personen) kommen wir je nach Zinssatz auch auf mehrere hunderte Milliarden Euro.

Deutsche Gegenrechnung (2): gezahlte Wiedergutmachungen

Auch sind von den polnischen Forderungswünschen die freiwilligen Wiedergutmachungen Deutschlands an den polnischen Staat und verschiedene Kriegsoffergruppen (Zwangsarbeiter) in Abzug zu bringen. Auch zählen Kreditnachlässe und Finanzhilfen aus der Gierek/Schmidt-Ära dazu. Die Gesamthöhe dieses Paketes dürfte allerdings nur wenige Milliarden Euro ausmachen.

Diese im Kontext der vorherigen Großzahlen geringfügigen Leistungen haften jedoch im Kopf des Otto-Normal-Verbrauchers stark und sorgen für Vorurteile: Die unverschämten Polen wollen schon wieder Geld von den Deutschen! Berlin erinnert

gerade heute gut und gerne an gezahlte Wiedergutmachungen.

Was sollte Deutschland in der Reparationsfrage tun?

Kriegsreparationen sind alt wie die Kriege selbst, moralisch nicht unanständig und – was den Schadenaspekt betrifft – bezifferbar. Wenn sich Deutschland in dieser Frage einer Diskussion mit dem „populistischen“ Polen verweigert, so aus juristischen und politischen Gründen. Das Risiko eines US-Prozesses und des Domino-Effektes darf aber nicht aus dem Auge gelassen werden.

Berlin könnte einen vertraglichen Schlusstrich in der Reparationsfrage anbieten und für beide Länder nützliche Investitionen finanzieren. Solche Lösungen gab es schon in kommunistischen Zeiten, als Polen die deutschen Darlehen nicht zurückzahlen konnte und Sachinvestitionen erbrachte. So wäre es keine schlechte Idee, die Oder-Brücken zu sanieren und die Wasserstraße für die Schifffahrt zu regulieren – meinen einige Ökonomen.

Wollen die Polen wirklich Reparationen oder ist es nur ein taktisches Manöver der Regierung?

Wer die Stimmung hinter der Oder kennt, weiß, dass Polen nicht stur auf Reparationen pocht. Nur knapp 55 Prozent haben sich für Zahlungen ausgesprochen. Wohl würde der Anteil der Befürworter bei einer deutschen Gesprächsbereitschaft stark sinken. Warum kommt die PiS-Regierung immer wieder auf solche Ideen, wenn die Bevölkerung nicht dahintersteht? Kaum um ihre Macht zu stärken, die sie ohnehin schon hat. Die Reparationskarte muss vielmehr als Antwort auf die ständigen, von Berlin initiierten, EU-Einmischungen in die inneren Angelegenheiten (Pressefreiheit, Justizreform, Urwaldrodung in Bialowieska, einseitige Unterstützung der Opposition) Polens gesehen werden.

An einen neuen Anfang sollte gedacht werden. Es wäre wünschenswert, wenn die [AfD und die PiS](#) im neuen

Europaparlament in der am Montag in Mailand neugegründeten „Europäischen Allianz der Völker und Nationen“ ([PI-NEWS berichtete](#)) zusammenarbeiten würden. Die [Allianz mit den Italienern](#) klappt trotz der unterschiedlichen Meinungen zu den Russlandsanktionen ja auch hervorragend.

Anmerkung: Die obigen Ausführungen geben nicht die Meinung des Autors in der Reparationsfrage wieder, sondern sollen dem Leser die Rechenmethode, die Faktenvielfalt und die verschiedenen Gesichtspunkte von hüten und drüben präsentieren.



Dr. Viktor Heese.

Dr. Viktor Heese ist Dozent und Fachbuchautor. Spezialisiert hat er sich auf dem Gebiet der Börsen und Banken. Für Börsenanfänger hat er das Buch „[Fundamental- versus Charttheorie. Methoden der Aktienbewertung im Vergleich](#)“ (Springer 2015) verfasst. Er betreibt die Blogs [prawda24.com](#) und [finanzer.eu](#) und gibt den Börsenbrief „[Der Zinsdetektiv](#)“ heraus. Heese kommt aus Masuren und lebt seit über 40 Jahren in Köln.



Video: 178. Pegida aus Dresden

Heute findet in Dresden die 178. Pegida-Kundgebung in gewohnter Besetzung mit Lutz Bachmann, Siggie Däbritz und Wolfgang Taufkirch statt. Während Bachmann in seiner Rede das Europa-Wahlprogramm der Grünen zerpfückt, befasst sich Taufkirch noch einmal mit der von Horst Seehofer so dreist geschönten „Polizeichen Kriminalitätsstatistik 2018“ ([PI-NEWS berichtete](#)). Nach technischen Schwierigkeiten mit dem Facebook-Livestream letzten Montag wird heute wieder über Youtube gestreamt.



Diavata: Auf nach

Deutschland!

Von CHEVROLET | Man kennt es ja: „Flüchtlinge“, neuerdings Migranten, kurzum die vollversorgungssuchenden Glückritter aus dem arabischen und afrikanischen Raum auf dem Weg nach Deutschland, können bisweilen recht ungehalten werden, wenn es nicht so läuft, wie von Schleppern und deren zahllosen Helfern aus Gutmenschenkreisen versprochen.

Statt Ultra-All-Inclusive in Germoney, nur Flüchtlingslager auf einer Ägäisinsel oder mit Glück in Griechenland, es ist schon hart in der Realität anzukommen.

Doch die Hoffnung kommt aus dem „geretteten“ Smartphone. Über WhatsApp-Gruppen und Facebook [verbreitete sich vor einigen Tagen die Nachricht](#), dass die Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien, das sich auf massiven griechischen Druck in „Nordmazedonien“ umbenennen musste, geöffnet würde, damit die jungen Herren endlich die Weiterreise ins gelobte Land antreten könnten.

Wer die Informationen gestreut hatte, die sich sicher auch bis ins hinterste afghanische Bergtal oder Camp in Syrien und Dorf in Somalia verbreiten, ist unbekannt. Schlepper könnten es gewesen sein oder die „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO), die ja gerne mal etwas von Regierungen erpressen.

Entsprechend aufgeladen ist die Atmosphäre; da fliegen Steine und Gesteinsbrocken auf das Wachpersonal und Polizei. So in Diavata, 60 km südlich der mazedonischen Grenze, denn die jungen Herren, die die wenigen Frauen und Kinder als auch medienwirksame Schutzschilde gnadenlos vor sich her schieben, wollen los nach Mitteleuropa.

Die NGO's, so heißt es, warteten bereits mit Bussen hinter dem Grenzzaun, um den schnellstmöglichen Weitertransport der Landnehmer nach Norden einzuleiten. Das dürfte aber wohl nicht stimmen, wobei man bei den vielfach von George Soros

gesteuerten NGO's niemals sicher sein kann, dass sie nicht doch das Ganze ausgeheckt haben.



Meuthen trifft Salvini in Mailand

Die Alternative für Deutschland (AfD) will zusammen mit der italienischen Lega und anderen patriotischen Parteien eine neue Fraktion im Europaparlament bilden. Die Europäische Allianz der Völker und Nationen (European Alliance of Peoples and Nations, EAPN) soll nach der Europawahl Ende Mai entstehen, sagte AfD-Parteichef Jörg Meuthen bei einer Konferenz mit Lega-Chef Matteo Salvini am Montag in Mailand.

Der Termin in Mailand sei „der Startschuss für etwas Neues“, sagte Meuthen. Bei der Gruppe sollen auch die „Dänische Volkspartei“ und „Die Wahren Finnen“ dabei sein. Es gebe weitere künftige Mitglieder, die in Mailand noch nicht anwesend seien, „sich aber uns anschließen werden“, so Meuthen. Willkommen seien alle Parteien, „für die Attribute wie konservativ, freiheitlich und patriotisch mehr sind als leere Worthülsen“. „Nicht willkommen sind uns Sozialisten, Kommunisten, Ökofaschisten und Extremisten – und zwar aus dem linken wie aus dem rechten Lager.“

Vor der Europawahl: EU-kritische Parteien im Aufwind

Nach den jüngsten Umfragen dürften EU-kritische Parteien bei der Wahl Ende Mai abermals zulegen. Darauf hofft auch die Alternative für Deutschland (AfD), die unter dem provokanten Motto „Freiheit statt Brüssel“ am Samstag ihren Europawahlkampf eröffnete ([PI-NEWS berichtete](#)).

Massive Gewinne kann sich die einwanderungskritische Lega von Italiens Innenminister Matteo Salvini erhoffen, die nach jüngsten Umfragen mehr als 30 Prozent der Stimmen einfahren und damit zur stärksten Kraft in Italien werden könnte. In Frankreich wird damit gerechnet, dass die französische Nationale Sammlungsbewegung (ehemals Front National) von Marine Le Pen mit mehr als 20 Prozent der Stimmen auf Platz zwei landet – hinter einem Bündnis aus der Präsidentenpartei „La République en marche“ und den Liberalen.

Plebiszit gegen die europäischen Eliten

In den Niederlanden treten gleich zwei einwanderungskritische Parteien an: Die dezidiert islamkritische Freiheitspartei (PVV) von Geert Wilders und das vor zwei Jahren gegründete rechte Forum für Demokratie (FvD), der große Sieger der Regionalwahlen vom März. Zusammen können diese beiden Parteien mit gut 20 Prozent der Stimmen rechnen.

Im Aufwind sind Prognosen zufolge auch die österreichische FPÖ, der flämische Vlaams Belang sowie die AfD. Und Spanien dürfte zum ersten Mal Rechte ins Europaparlament entsenden – Vertreter der Vox, die seit den Regionalwahlen vom Dezember im Regionalparlament von Andalusien vertreten ist.

Sie alle wollen die Wahl zu einem Plebiszit gegen die europäischen Eliten machen, die die Masseneinwanderung und Islamisierung Europas nicht stoppen wollen. Sie treten für ein Europa der Vaterländer ein, die ihre Grenzen wieder selbst kontrollieren und nicht von Brüssel regiert werden wollen.



„Antifa“ terrorisiert AfD-Veranstaltung mit Guido Reil in Köln

Sogar die [gleichgeschalteten Kölner DuMont-Medien](#) kommen heute nicht umhin, über die linksextremen Ausschreitungen am Sonntag-Nachmittag in Köln zu berichten. Zum Auftakt des EU-Wahlkampfes der AfD wollten gestern eigentlich die NRW-Kandidaten Guido Reil, Verena Vester und Martin Schiller auf einer öffentlichen Veranstaltung im städtischen Bürgerhaus Kalk sprechen.

Mehrere hundert Störer in- und außerhalb des Bürgerhauses verunmöglichten das aber weitgehend. Vor allem ein harter linksextremer Kern unter den Gegendemonstranten war für einen Großteil der verübten Straftaten verantwortlich. Schon vor Beginn der AfD-Veranstaltung versuchten diese Politikriminellen eine Polizeisperre Richtung Bürgerhaus zu durchbrechen und Interessenten vom Zutritt zur Versammlung abzuhalten. Nur durch massiven Pfeffersprayeinsatz, sieben Festnahmen und dutzende Personalienfeststellungen konnte die Polizei ein weiteres eskalieren der Lage verhindern. Ein 29-jähriger Festgenommener wurde sogar mit internationalem Haftbefehl gesucht.

Während draußen der Mob gewaltsam tobte – wo bleiben

eigentlich die Distanzierungen von CDU SPD GRÜNE FDP? – verlegten sich die ins Bürgerhaus eingesickerten Demokratiefeinde von links auf das [lautstarke Stören der AfD-Veranstaltung](#). Auch hier eskalierte die Lage schnell soweit, dass die Versammlungsleitung dutzende Besucher von der Veranstaltung ausschließen musste und die Polizei die Störer nach draußen verfrachtete. Eine vernünftige Wahlveranstaltung war unter diesen Umständen freilich nur schwer durchführbar. Wie laut wäre wohl der Aufschrei der deutschen Medien und etablierten Parteien, wenn in Rußland oder anderswo Oppositionelle unter solchen Bedingungen Wahlkampf führen müssten?

Doch zum Glück gibt es hierzulande inzwischen eine wachsende patriotische Zivilgesellschaft, die sich nicht mehr blind bevormunden lässt und über politische Missstände aufklärt, auch wenn es der Obrigkeit nicht in den Kram passt. So kursieren von den skandalösen Zuständen in Kalk bereits zahlreiche Videoaufnahmen besorgter Bürger in den sozialen Medien. Kein Wunder, dass die Mächtigen mit Akribie versuchen, dieses Schlupfloch der freien Meinungsäußerung und Gegenöffentlichkeit mit immer neuen Zensurmaßnahmen zu verkleinern.

[Linke gegen AfD und Polizei in Köln-Kalk am 7.4.2019](#)

Linke gegen AfD und Polizei in Köln-Kalk: Sonntagnachmittag mal wieder der übliche „friedliche Protest“ gegen eine ordnungsgemäß angemeldete Veranstaltung der AfD. Geht so Demokratie, echt jetzt??? Wer andere Meinung ist, dieses Video bitte teilen!

Posted by [SOS Köln](#) on Sunday, April 7, 2019

Einmal mehr zeigte sich in Köln am Sonntag, dass Guido Reil mit seiner [jüngsten Einschätzung in Offenburg](#) Recht hatte: Öffentliche Veranstaltungen sind für die AfD in großen Städten

kaum noch durchführbar. Aber was sollte man daraus ableiten? In ganzen Ballungsgebieten auf Tauchstation gehen? Das kann unmöglich die Lösung sein. Denn nur wer öffentlich präsent und im Gespräch ist, der hat in der Demokratie die Chance, ausreichend wahrgenommen und gewählt zu werden. Das ist alleine mit Social Media und Internet schwer leistbar, gerade weil auch hier immer neue Behinderungen drohen. Und sich nur auf die Gnade der Mainstreammedien zu verlassen, wäre sowieso fahrlässig.

[Linke Randalie in Köln-Kalk am 7.4.2019](#)

WIR SIND FRIEDLICH WAS SEID IHR – da scheinen die Polizisten gestern in Köln-Kalk nicht richtig zugehört zu haben. Die linken Chaoten wollten sicher nur spielen und nicht etwa die friedliche Veranstaltung der AfD im Bürgerhaus sprengen!

Posted by [SOS Köln](#) on Sunday, April 7, 2019

Es bleibt also eine Notwendigkeit, auch auf schwierigem Terrain Flagge zu zeigen. Natürlich nicht mit dem Kopf durch die Wand und in anderer Form als etwa in AfD-Hochburgen ohne linksmilitantem Widerstand. Aber dennoch sichtbar und wahrnehmbar. Und schließlich erreichen auch Berichte über skandalöse Vorkommnisse wie am Sonntag in Köln die Öffentlichkeit.



Säuberungen werden eingeläutet: Das Böse ist mitten unter euch!

Nichts Genaues weiß man nicht, aber man sollte wachsam sein. Verschwörungstheoretiker von links und ganz links kaprizierten sich gestern in der 20 Uhr Tagesschau, dass es einen rechten Gruppenchat gegeben habe, an dem Bundeswehrangehörige teilgenommen hätten. Das war – nach dem Thema „Enteignungen“ – die zweite Hauptmeldung ([im Video ab Minute 2:23](#)):

Innenpolitiker und Experten zeigen sich besorgt über eine zunehmende Vernetzung von Rechtsextremisten in verschlüsselten Chat-Gruppen. Auch Bundeswehrreservisten und Soldaten sollen Teil eines Gruppenchats gewesen sein. Ermittler hatten zuletzt mehrere dieser Netzwerke aufgedeckt. Der CDU-Innenexperte Schuster forderte in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ ein entschlosseneres Vorgehen der Behörden und mehr Überwachungsbefugnisse.

[Begleittext zu den Bildern einer Hausdurchsuchung] August 2017. Polizeibeamte durchsuchen Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft: Die Beschuldigten wollten Vertreter des linken Spektrums töten. Nicht sofort, sondern in einem Krisenfall. Wie ernsthaft die Planungen waren – unklar. Die Ermittlungen laufen bis heute [also bereits 1 Jahr und 8 Monate, Anmerkung PI-NEWS].

Im Fokus der Ermittlungen auch vier Reservisten aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie sollen Teil eines Gruppenchats gewesen sein. Auch von bizarren Schießübungen ist die Rede. Bislang sei zu wenig aufgeklärt worden, so der Ex-Reservist und SPD-Politiker Friedriszik:

[Friedriszik] Es soll Übungen gegeben haben, wo auch Mitglieder des Reservistenverbandes dran teilgenommen haben,

die in Polen abgehalten worden sind. Wo man also in Fallschirmen hängend geschossen hat.

Anschließend warnt die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Martina Renner, vor Soldaten, Reservisten, Polizeiangehörigen, Rechtsanwälten, Kommunalpolitikern, kurzum vor „Männern aus der bürgerlichen Mitte“.

CDU-Innenexperte Schuster forderte anschließend von Behörden schnelle Entlassungen, wenn sie einen Beamten „erwischt haben“.

Und den Schlusspunkt setzt einer, Matthias Quent, dessen ganzer Broterwerb nur aus Nazi besteht, vom „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft“, das ein direkter Ableger der Amadeu-Antonio-Stiftung ist. Diese hält bekanntermaßen mit ihrer Ex-Stasi-IM Anetta Kahane schon in Kindergärten nach kleinen, blonden, Zöpfe tragenden Mädchen Ausschau, die des Nazi verdächtigt werden.

Matthias Quent, der Nachwuchs-Kahane in der Tagesschau, mahnt in den deutschen Behörden, wörtlich, eine „Fehlerkultur“ an, ein „Eingeständnis des Problems mit dem Rechtsradikalismus in den eigenen Reihen.“ Man soll also in den Behörden zugeben, dass man schuldig ist, dass Schuldige auch in den eigenen Reihen zu finden sind und diese dann ja wohl konsequenterweise vorführen oder entlassen.

Man fühlt sich an sozialistische Säuberungswellen oder die mittelalterliche Inquisition erinnert, wenn man sieht, wie sie nach Schuldigen lechzen und nach solchen, die am besten vor laufender Kamera weinend ihre Schuld eingestehen und bekennen, dass sie dem Bösen anhängen.

» Kontakt: k.gniffke@tagesschau.de



Brexit: Tiki-Taka oder alles auf Anfang?

Von PETER BARTELS | Wie lange denn noch? Die Frage von Anne Will hörte sich wie Greinen an: „Das Ringen um den Brexit“. Ja, wie lange noch? Auch Josef Nyary und sein Talkshow-Publikum stöhnten Sonntag Abend mal wieder nach dem bekloppten TATORT ...

[Der alte Mann von BILD seufzte](#) anschließend in Laptop und präseniles Kissen, wie der alte Mann von PI-NEWS: „Kann dauern ... Noch nicht mal über das dritte Tor von Wembley 1966 sind wir uns jemals einig geworden...“ Man könnte natürlich den faulen, fantasielosen Schnarchsäcken von Anne Wills ARD-Redaktion in den Arsch treten. Aber ... die Weltenretter in ihrem Lauf halten weder maulende, noch flüchtende Zuschauer auf: „Es wird geschluckt, was auf die Glotze kommt! Basta!!“

Gut, die ARD-Pfeifen haben schon „ihr“ Amerika vor Trump nicht retten können, warum also EU-ropa vor England?! Trost für uns Zwing-Zwerge der jährlich acht Milliarden-Euro Alimente-Abräumer: Irgendwann lässt der Schmerz nach. Außerdem: Auf Youtube gibt's fast immer was Interessantes zu entdecken. Zur Zeit die wunderbar ehrliche und gute [Rede vom AfD-Steiger Guido Reil in Offenburg...](#)

Also da capo Brexit bei Anne Will, heute besonders gewidmet

einem schon geflüchteten deutschen Gaucho in Argentinien. Natürlich auch den PI-NEWS-Freunden in Finnland, Russland oder Israel, die sehnsüchtig warten ...

Die Schottin Philippa Whitford (60) macht sich Sorgen um die Sorgen der anderen: Beim Brexit könnte es wieder Krieg in Nord-Irland geben; typische Symptome galoppierender German-Ängst? What's wonder: Die nette Pancakin ist mit einem Deutschen verheiratet. Nyary: „Sie würde lieber aus Großbritannien aussteigen als aus der EU.“

Bei Kita-Kampfministerin Ursula von der Leyen helfen weder Schminke noch Milchglasscheibe; gut, nicht jede kann mit 60 so jung wie Jane Fonda mit 80 aussehen. Allerdings: Flinten-Luschi (dasselbe Wort mit M verkneifen wir uns höflich!) hat mit dem Brexit soviel zu tun wie ihre verrosteten Panzer bei der NATO, ihre schielenden Piffpaffs für die Sicherheit in Afghanistan ...

Günter Verheugen (74), ewiger FDP-Renegat, auf dem SPD-Ticket todsicher auf dem Weg in die Ewigen Jagdgründe der Politik, die fette EU-„Rente ist junkerseidank sisscher“: „Den Ball immer wieder nach London zurückzuspielen ist Quatsch ... Die Wirtschaftskraft Großbritanniens ist so groß wie die von 20 anderen EU-Staaten. Wir verlieren nicht einen, sondern 20 Staaten!“ Spanisch für Anfänger: Nicht mehr Tiki-Taka, sonder auf Verheugen: „Alles auf Anfang!“

Greg Hands (53), Konservativer, Ex-Staatssekretär im britischen Außenhandelsministerium: „Wir müssen einen harten Brexit verhindern ... Großbritannien ist Europas wichtigster Handelspartner nach Amerika, weit vor China!“ ... Dann kickt der Brite den deutschen EU-Retter der ARD endgültig das 5.Wembley-Tor in den Kasten (und das ist wirklich drin!): „Ein zweites Referendum wäre eine schlechte Idee! ...Wenn die Leute jetzt wieder gefragt werden, sind sie noch mehr gegen die EU als beim letztenmal. Denn ihre Meinung über Brüssel ist durch die Verhandlungen noch viel schlechter geworden!“ Durch das

arrogante Kapitulations-Diktat der Fresssäcke in Babylon, hat der Brit very höflich nicht ergänzt ...

Annette Dittert (56), Londoner ARD-Studioleiterin mit dem Pony, hat längst Schwierigkeiten zu kapieren, was Theresa May, die nur an Maggie Thatcher erinnert, weil die auch eine Frau war, da macht oder machen will: „Das ist alles wie auf Autopilot!“ Anne Will, mehr Herrenmenschin geht nicht: „Wie oft denken Sie, die haben einen Dachschaden?“ Annette nicht mehr nett, aber kühl auf den Solarplexus: „Gar nicht! Der Brexit ist nun mal ein schwieriges Thema!“ Och ...

Natürlich kommt das Kita-Knittermündchen Uscherl auch. Natürlich wieder mal mit einer Polit-Plattitüde, wie von der Raute gekupfert: „May hat wieder Bewegung in die Sache gebracht.“ Was den Brexit-Briten („raus!“) Greg Hands im Kalender seiner Königin blättern läßt: „Zum Tango gehören zwei!“ ... Allez hopp, Babylon Brüssel? Das Uschi jetzt auf Adenauer („Ich sage nur: China!“ Brüllendes Sozi-Gelächter...): „Wir dürfen die wichtigen, großen Themen der Welt nicht verlieren: „China, Russland, den Terror...“ Und wieder staunt der alte PI-NEWS-Mann: Och ...

Verheugen auf den Punkt: „Wenn einer gehen will, haben die anderen das zu respektieren! ... Keine Rachegeleüste ... Schließlich, wie alle alten Männer (früher war alles besser): „Probleme wie Nordirland hatten wir zu Dutzenden – sie wurden alle gelöst“ ... Und: „Die Probleme liegen nicht auf britischer Seite, sondern auf der Seite der EU, deren Bedingungen sind für Großbritannien einfach nicht akzeptabel.“

Der Mann muß wissen, wovon er spricht: Er war EU-Erweiterungs-Kommissar. Gut, zu seiner Zeit mußte man Heilig Abend, Silvester, Ostersonntag oder Pfingsten noch nicht abbeiten, wie später SPD-Bestman und Stechuh-Stecher Martin Schulz ...

Josef Nyary, mein Mit-Nightrider von der anderen Feldpostnummer at its best: „Verheugen weigerte sich wacker,

das deutsche Mantra von den spleenigen Engländern mitzubeten.“

PI-NEWS: Rule Britannia!!



Ex-BILD-Chef Peter Bartels.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pe
te
r
Ba
rt
el
s
wa
r
zu
sa
mm
en
mi
t
Ha
ns
-
He
rm
an
n
Ti

ed
je
zw
is
ch
en
19
89
un
d
19
91
BI
LD
-
Ch
ef
re
da
kt
eu
r.
Un
te
r
ih
m
er
re
ic
ht
e
da
s
Bl
at
t

ei
ne
Au
fl
ag
e
vo
n
5
Mi
ll
io
ne
n.
In
se
in
em
Bu
ch
„B
il
d:
Ex
-
Ch
ef
re
da
kt
eu
r
en
th
ül
lt
di

e
Wa
hr
he
it
üb
er
de
n
Ni
ed
er
ga
ng
ei
ne
r
ei
ns
t
gr
oß
en
Ze
it
un
g“
,
be
sc
hr
ei
bt
er
,
wa
ru

m
da
s
ei
ns
t
st
ol
ze
Bl
at
t
in
de
n
ve
rg
an
ge
ne
n
Ja
hr
en
ru
nd
3,
5
Mi
ll
io
ne
n
se
in
er
Kä

uf
er
ve
rl
or
.
Zu
er
re
ic
he
n
is
t
Ba
rt
el
s
üb
er
se
in
e
[Fa](#)
[ce](#)
[bo](#)
[ok](#)
-
[Se](#)
[it](#)
[e](#)
un
d
se
in
en
Bl



Broders Spiegel: Am EU-Wesen soll die Welt genesen?

Manfred Weber (CSU) will ja bekanntlich Jean-Claude Juncker als EU-Kommissionspräsident beerben, wenn seine Parteiengruppe stärkste Fraktion im Europaparlament werden sollte. Woran orientiert der Mann sich, wenn er die Nummer eins der EU werden sollte?

Beispielsweise sagt er, es sei ihm wichtig, „dass wir unsere europäischen Werte global durchsetzen können“. Mit welchen europäischen Werten soll die EU die Welt konkret beglücken? Mit französischem Streikrecht, der deutschen Willkommenskultur oder lieber mit der italienischen Vertragstreue?

Und vor allem: Wie will er denn die „europäischen Werte global

durchsetzen“? Früher hieß es noch: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“. Nun sind die „europäischen Werte“ maßgebend für die Welt.

Der Größenwahn ist geblieben. Erschreckend ist eigentlich, dass heutzutage das Publikum so einen Satz einfach klatschend hinnimmt.